

Satzung über die Einrichtung und den Betrieb von Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Auf der Grundlage des § 4 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, ber. S. 159), geändert durch Gesetze vom 13. Dezember 2002 (SächsGVBl. S. 333), vom 11. Mai 2005 (SächsGVBl. S. 155) ¹, vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 151), vom 7. November 2007 (SächsGVBl. S. 478), vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138), vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323), vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) , in Verbindung mit Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418, ber. 2005 S. 306), geändert durch Gesetze vom 14. Juli 2005 (SächsGVBl. S. 167), vom 7. November 2007 (SächsGVBl. S. 478), vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142) und Sächsisches Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Gesetz über Kindertageseinrichtungen – SächsKitaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 225), geändert durch Gesetze vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 387), vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) beschließt der Gemeinderat von Dürrröhrsdorf-Dittersbach am 11.10.2012 nachfolgende Satzung:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für Kinderkrippen, Kindergärten und Horte (Kindertageseinrichtungen), die sich in der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach befinden und in denen Kinder bis zum Ende der vierten Klasse betreut, gefördert, erzogen und gebildet werden.

§ 2 Rechtsform der Einrichtungen

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach betreibt ihre Kindertageseinrichtungen als öffentliche Einrichtungen. Ansprechpartner für alle Fragen im Zusammenhang mit dieser Satzung ist bei der Gemeindeverwaltung Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Sachgebiet Kindertagesstätten, Schulen, Jugend und Sitzungsdienst.

Alle Schreiben sind an die

Gemeindeverwaltung Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Sachgebiet Bildung, Kindertagesstätten und Jugend
Hauptstraße 122
01833 Dürrröhrsdorf-Dittersbach

zu richten.

§ 3

Öffnungszeiten

(1) Die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen werden in Abstimmung mit dem Elternbeirat, der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach und dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe festgelegt.

(2) Kindertageseinrichtungen können vorübergehend, teilweise oder ganz u. a. aus folgenden Gründen geschlossen werden:

- infolge eintretender Katastrophen
- Anordnung des Gesundheitsamtes
- Betriebsferien
- fehlender Bedarf.

(3) Vor einer begründeten Schließung einer Kindertageseinrichtung erhalten die Eltern unverzüglich Mitteilung.

(4) Tritt der Fall ein, dass ein Kind nach der regulären Öffnungszeit nicht abgeholt wird, erfolgt eine vorläufige Betreuung bis zu 30 Minuten in der Kindertageseinrichtung. Die damit für die Betreuung anfallenden Kosten müssen die Eltern entsprechend des Gebührenverzeichnisses (Anlage) tragen. Weitergehende Regelungen werden in den Hausordnungen der Kindertageseinrichtungen getroffen.

§ 4

Aufnahme des Kindes

(1) Der Besuch der Kindertageseinrichtung ist freiwillig. Die Eltern entscheiden in freier Wahl über die Kindertageseinrichtung, in der sie ihr Kind betreuen lassen möchten; ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer bestimmten Kindertageseinrichtung besteht jedoch nicht. Eltern und Träger sollen in gegenseitigem Einvernehmen versuchen, die für das Kind günstigste Lösung zu finden.

(2) Voraussetzung zur Aufnahme der Kinder in der Kindertageseinrichtung ist das Stellen eines schriftlichen Aufnahmeantrages. Die Antragstellung erfolgt in der von den Eltern gewünschten Kindertageseinrichtung, grundsätzlich bis zum 15. des Vormonats der Aufnahme. Der Aufnahmeantrag wird zum 1. des Folgemonats wirksam.

(3) Beim Wechsel in eine andere Kindertageseinrichtung ist wie bei einer Neuaufnahme nach Abs. 2 zu verfahren.

(4) Folgende Personengruppen sollen bei der Vergabe eines Platzes vor allem berücksichtigt werden:

- Kinder von Berufstätigen, Studierenden und Auszubildenden
- Kinder von Familien, bei denen ein Elternteil oder beide Elternteile arbeitslos gemeldet sind und die an Ausbildungen, Weiterbildungen, Umschulungen u. ä. teilnehmen
- Kinder aus beengten und schlechten Wohnverhältnissen
- Kinder aus sozial gefährdeten Familien (in Absprache mit Landratsamt / Jugendamt)
- Kinder aus Familien mit behinderten Elternteilen.

(5) Über die Vergabe der Plätze in den Kindertageseinrichtungen entscheidet der Träger. Die Entscheidung wird den Eltern in der Regel am Tag der Antragstellung in der Kindertageseinrichtung durch die Leiterin mündlich mitgeteilt.

(6) Bei Aufnahme eines Kindes im Krippen- bzw. Kindergartenbereich besteht die Möglichkeit, auf Wunsch das Kind zur Eingewöhnung zu bringen. Die Eingewöhnungszeit beträgt maximal zwei Wochen bei täglicher Betreuungszeit von maximal zwei Stunden im Beisein der Erziehungsberechtigten.

§ 5 Betreuungszeit

(1) Der individuelle Betreuungszeitraum der Kinder wird durch Absprache zwischen Eltern und Leitung der Kindertageseinrichtung im Rahmen der Öffnungszeiten festgelegt.

(2) Es wird erwartet, dass die Kinder die Kindertageseinrichtungen regelmäßig besuchen und der angegebene Betreuungszeitraum nicht überschritten wird. Bei Überschreitung der Betreuungszeit werden die dadurch entstehenden Kosten den Eltern in Rechnung gestellt.

(3) Muss ein Kind aus Krankheits- oder anderen Gründen der Kindertageseinrichtung fernbleiben, ist die Leitung der Kindertageseinrichtung hierüber bis 9.00 Uhr zu informieren.

§ 6 Abmeldung eines Kindes

(1) Die Abmeldung eines Kindes hat in schriftlicher Form bis jeweils zum 15. des Vormonats an die Leiterin der jeweiligen Kindertageseinrichtung zu erfolgen. Die Abmeldung wird zum 1. des Folgemonats wirksam.

(2) Eine Abmeldung bis zu zwei Monaten Dauer und eine unmittelbar daran anschließende Anmeldung ist grundsätzlich nicht möglich.

(3) Bei vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gemäß §§ 42, 43 Kinder- und Jugendhilfegesetz, Sozialgesetzbuch VIII, ist bei der schriftlichen Abmeldung die Einhaltung einer Frist nicht notwendig; die Abmeldung gilt ab sofort.

(4) Die Berechtigung zum Besuch einer Kindertageseinrichtung endet grundsätzlich, wenn die Eltern mit der Bezahlung der Elternbeiträge zwei Monate im Rückstand sind oder das Kind zwei Monate unentschuldigt der Kindertageseinrichtung fern bleibt.

(5) Eine erneute Aufnahme in Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach erfolgt erst, wenn kein Zahlungsrückstand für den bisherigen Besuch einer Kindertageseinrichtung in der Gemeinde mehr besteht.

§ 7 Gastkinder

Kindertageseinrichtungen sind in begründeten Fällen auch für solche Kinder nutzbar, die ansonsten anderweitig betreut werden. Diese Kinder sind als Gastkinder aufzunehmen (gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 2. Die Dauer der Aufnahme wird individuell von der Kindertageseinrichtung entschieden.

§ 8 Elternbeitrag

(1) Die Elternbeiträge werden von der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach in Abstimmung mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe festgesetzt. Sie betragen 28 % der Betriebskosten des Vorjahres für Kindergarten und Schulhort sowie 23 % für die Kinderkrippe gemäß § 15 Sächsisches Kindertagesstättengesetz.

(2) Die ermittelte Gebühr wird auf einen vollen 50-Cent Betrag abgerundet.

- (2) Der Elternbeitrag ist für jeden Monat zu zahlen, in dem das Kind in der Kindertageseinrichtung angemeldet ist.
- (3) Der Elternbeitrag wird als Gebühr entsprechend dem aktuellen Gebührenverzeichnis (Anlage) erhoben, welche im Wesenitztaler Landboten veröffentlicht wird.
- (4) Erfolgt die Abmeldung gemäß § 6 Abs. 1 verspätet, haben die Eltern grundsätzlich den Elternbeitrag für den folgenden Monat noch zu entrichten.
- (5) Erfolgt in begründeten Fällen die Aufnahme bzw. die Abmeldung aus einer Kindertageseinrichtung nicht zum 1. des Monats, so ist nur für die Tage des Monats, an denen das Kind betreut wurde, anteilig der Elternbeitrag gemäß Abs. 3 zu entrichten.
- (6) Für den Monat, in dem ein Kind das dritte Lebensjahr vollendet, ist der bisherige Elternbeitrag zu entrichten. Eine Änderung des Elternbeitrages tritt erst im Folgemonat ein.
- (7) Eltern, deren Kinder als Gastkinder nach § 7 in der Kindertageseinrichtung angemeldet sind, haben den entsprechenden Elternbeitrag für Gastkinder zu entrichten.
- (8) Der Elternbeitrag entfällt bei der Inanspruchnahme der Eingewöhnungszeit gem. § 4 Abs.7.
- (9) Die Eltern haften als Gesamtschuldner und verpflichten sich zur regelmäßigen Zahlung des Elternbeitrages. Der Elternbeitrag wird jeweils zum 5. des laufenden Monats fällig.
- (10) Die Zahlung der Elternbeiträge erfolgt in Form des Lastschriftverfahrens bei der Gemeindeverwaltung Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Kämmerei, Hauptstraße 122, 01833 Dürrröhrsdorf-Dittersbach bzw. beim freien Träger.
- (11) Alle auftretenden Veränderungen, die sich auf die Berechnung des Elternbeitrages auswirken können, sind grundsätzlich bis zum 15. des Vormonats in der jeweiligen Einrichtung anzuzeigen und werden jeweils zum 1. des Folgemonats wirksam. Veränderungen bezüglich des Namens, der Anschrift, der Familienverhältnisse und der Bankverbindung sind ebenfalls meldepflichtig.

§ 9

Regelung in Krankheitsfällen

- (1) Die Beschäftigten der Kindertageseinrichtung sind grundsätzlich nicht verpflichtet, den Kindern von Eltern mitgegebene Medikamente zu verabreichen. Ausnahmen sind nur möglich, wenn die Eltern eine schriftliche Anweisung über die Verabreichung von Medikamenten an die Leitung der Kindertageseinrichtung geben und die Anwendung ohne Schwierigkeiten erfolgen kann.
- (2) Wenn die Kinder während der Zeit ihres Aufenthaltes in der Kindertageseinrichtung erkranken, werden die Eltern – auch am Arbeitsplatz – unterrichtet. In dringenden Fällen, z. B. bei akuten Erkrankungen und Nichterreichbarkeit der Eltern, wird durch die Kindertageseinrichtung eine ärztliche Notversorgung eingeleitet.
- (3) Stellen Mitarbeiter der Kindertageseinrichtung bei einem Kind erhebliche körperliche, geistige oder seelische Störungen bzw. Schäden fest, fordert die Leitung der Kindertageseinrichtung die Eltern auf, das Kind einer Beratungsstelle oder dem Gesundheitsamt vorzustellen. Kommen die Eltern dieser Aufforderung auch nach wiederholten Aufforderungen nicht nach, wird der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe benachrichtigt.

§ 10 Aufsicht

(1) Die Aufsichtspflicht der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach bzw. der Kindertageseinrichtung beginnt mit Übernahme des Kindes durch die Betreuungskräfte in der Kindertageseinrichtung. Sie endet bei der Übergabe des Kindes an den Erziehungsberechtigten bzw. an eine nach Abs. 2 Satz 3 berechnigte dritte Person sowie beim Verlassen der Kindertageseinrichtung wenn das Kind nach Absatz 2 Satz 2 den Heimweg ohne Begleitung antritt.

(2) Auf dem Weg zur Kindertageseinrichtung sowie auf dem Heimweg obliegt die Pflicht zur Aufsicht allein den Eltern. Soll das Kind den Heimweg ohne Begleitung antreten, ist hierfür der Leitung der Kindertageseinrichtung eine entsprechende schriftliche Erklärung der Eltern zu übergeben. Ebenso ist der Leitung der Einrichtung schriftlich mitzuteilen, wenn das Kind von anderen als in der Kindertageseinrichtung vermerkten Personen abgeholt wird. Zum Schutz des Kindes ist eine strenge Einhaltung dieser Regelung erforderlich.

§ 11 Elternmitwirkung

Die Mitwirkung der Eltern kommt durch die Elternversammlung und durch den Elternbeirat zum Ausdruck entsprechend § 6 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen (SächsKitaG).

Die Elternversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Der Elternbeirat wird von der Elternversammlung gewählt. Er besteht aus mindestens soviel Mitgliedern, wie es Gruppen in der Kindertageseinrichtung gibt. Er unterstützt die Aufgaben der Kindertageseinrichtung und fördert die Zusammenarbeit der Einrichtung mit allen Erziehungsberechnigten.

§ 12 Inkrafttreten

Die Satzung über die Einrichtung und den Betrieb von Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach, tritt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 16.07.2003 und deren Änderungen außer Kraft.

Dürrröhrsdorf-Dittersbach, den 11.10.2012


Frank
Bürgermeister

Hinweis:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formfehlern zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigungen dieser Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigungen oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 21 Absatz 3 i. V. mit § 56 Absatz 3 SächsKomZG wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Verband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 oder 3 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzung für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.